

Zwischen Defensive und Revitalisierung

Über die Bedingungen gewerkschaftlicher Solidarität im Gegenwartskapitalismus

von | Hans-Jürgen Urban

Mitunter findet selbst in einer Gesellschaft, in der Merkelsches »Weiter so« als höchste Form staatspolitischer Kunst goutiert wird, Veränderung statt. Und erstaunlicherweise geschieht dies trotz jenes »befremdlichen Überlebens des Neoliberalismus« (Colin Crouch), der bis heute eine breite gesellschaftliche Kritik des Finanzmarktkapitalismus verhindert. Die Veränderung, von der ich spreche, markiert einen Einstellungswandel. Und der betrifft die Gewerkschaften.

Drei Jahrzehnte war gegenüber den Gewerkschaften eine Attitüde des Abwinkens vorherrschend. Sie galten als Dinosaurier des Industriezeitalters. Ganze Bibliotheken schienen mit schein-

bar wissenschaftlicher Evidenz zu belegen, weshalb sie zwar gute Dienste im Industriekapitalismus des 19. Jahrhunderts getan hatten, in der modernen Informations-, Dienstleistungs-, Erlebnis- oder Risikogesellschaft – mit welcher Begrifflichkeit die zumeist euphemistischen Gesellschaftsdeutungen auch im-

Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Letzte Buchveröffentlichung: »Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus«, VSA: Verlag Hamburg 2013. Bei diesem Beitrag handelt es sich um die bearbeitete Rede auf der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Gemeinsam Strategien entwickeln. Konflikte führen. Beteiligung organisieren. Erneuerung durch Streik II« vom 2.-4.10.2014 in Hannover.



Karikatur: Economist

mer daher kamen – aber interessenpolitisch arbeitslos geworden seinen. Ralf Dahrendorfs Proklamation des Endes des sozialdemokratischen Zeitalters musste sie in besonderem Maße treffen: Vertreter sozial absteigender Arbeitergruppen.

Seit ein paar Jahren registrieren wir allerdings auch gegenteilige Zeitdiagnosen. In Leitmedien finden sich Kommentare mit dem Tenor »Comeback der Gewerkschaften«. Und von Teilen der politischen Klasse, der Medien und weiten Teilen der Bevölkerung wird den Interessenorganisationen der abhängigen Arbeit als Schlüsselakteuren eines Krisenkorporatismus anerkennend zugutegehalten, die einschneidendste Krise seit der Großen Depression der 1930er Jahre gemeistert zu haben. Wichtiger als das: In einer Zeit, in der Parteien, die es nie zu einer den Gewerkschaften vergleichbaren Organisationsmacht gebracht haben, arbeiten Gewerkschaften mit mitgliederorientierten Organizing-Strategien durchaus mit Erfolg am »turn around«.

In dieser Konstellation lohnt ein Blick hinter die Kulissen. Zumal die hier geschilderte Ambivalenz sich auch im Alltagsbewusstsein aktiver Gewerkschafter_innen reproduziert: Weder empfinden wir uns als anachronistische Überbleibsel einer Epoche, über die die Geschichte hinweggezogen ist; noch haben wir den Eindruck, in einer Offensivsituation mit dem Rückenwind der Geschichte zu agieren. Ich möchte meine Ausführung nicht mit dem Anspruch einer umfassenden Welterklärung vortragen, sondern als Impuls für eine dringend gebotenen Debatte über die Perspektiven gewerkschaftlicher Interessenpolitik und Kämpfe verstanden wissen. Dabei möchte ich in drei Schritten vorgehen: beginnend mit der Skizzierung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, in denen Gewerkschaften heute zu agieren

haben, um im zweiten Schritt zu fragen, woraus sie ihre Kraft schöpfen. Daraus will ich im dritten Schritt Antworten auf die Frage vorschlagen, was getan werden wollte. Dies soll in sechs Thesen geschehen.

Gewerkschaften in der Krise des »demokratischen Kapitalismus«

Die Politik der deutschen Gewerkschaften lässt sich weder allein nationalstaatlich noch global verorten; Gewerkschaften hierzulande müssen vor allem den europäischen Raum im Blick haben. Was dort als erstes auffällt, sind die massiven Unterschiede in der Entwicklung der Gewerkschaften. Gegenwärtig gelten die DGB-Gewerkschaften als Bastionen der Stabilität: finanziell und organisationspolitisch konsolidiert. Im Kontrast dazu ist die Situation vor allem im Süden Europas durch Mobilisierung und Widerständigkeit charakterisiert. Die Statistiken der streikbedingten Ausfalltage zeichnen ein eindeutiges Bild: in Frankreich und Belgien, in Dänemark und Finnland, aber vor allem in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland gehören Arbeitsniederlegungen zum Gewerkschaftsalltag – in Betrieben, mit Manifestationen auf den Marktplätzen, bis hin zu politischen Generalstreiks. Deutschland erscheint demgegenüber als ein Land, in dem gewerkschaftspolitische Windstille herrscht.

Doch diese Wahrnehmung ist trügerisch, einer eher oberflächlichen Betrachtung geschuldet. Gegenwehr gegen kapitalistische Verwertungsinteressen drückt sich nicht nur in Streikausfalltagen aus. Gewerkschaftsarbeit ist tagtägliche Kärnerarbeit im Betrieb, in kleinen, aufreibenden Widerstandsaktionen – bis hin zu Warnstreiks, die in den Streikstatistiken nicht aufgeführt, aber nicht minder bedeutend sind. Aus gutem Grunde widmet sich ein äußerst innovativer Strang der aktuellen Gewerkschaftsforschung auch den »informellen Arbeitskonflikten«, den Formen von »Labour unrest« (Beverly Silver), die sich unterhalb von offiziellen Streiks abspielen. Diese sind mit Blick auf ihre potenzielle, analytische und gewerkschaftspolitische Bedeutung in der deutschen Debatte erst noch zu entdecken.

Dass auch diese weniger spektakuläre Gegenwehr zugenommen hat, hat zum Hintergrund, dass der europäische Finanzmarktkapitalismus in einer tiefen Krise steckt. Wir befinden uns in einer Situation, in der die nach wie vor herrschenden neoliberalen Kräfte daran arbeiten, die exorbitanten Kosten der Krise auf die abhängig Beschäftigten abzuwälzen. Das, und nichts anderes, ist der Kern dessen, was gegenwärtig in Europa abläuft.

Dabei können wir drei Wege beobachten, auf denen das versucht wird:

Der erste Weg besteht in dem Versuch, die Zwänge der Finanzmarktkrise zu übersetzen in Zwänge der radikalen Zurückführung sozialstaatlicher Leistungen und der Demontage sozialstaatlicher Institutionen – überall in Europa. Fiskalische Austerität folgt einer politischen Strategie, die Gunst der Stunde zu nutzen, um auch das noch vom Sozialstaat abzuräumen, was die letzten drei Jahrzehnten neoliberaler Vorherrschaft überdauert hat.

Der zweite Weg führt zur fortschreitenden Deregulierung nicht nur der Arbeitsmärkte, sondern auch der Kapital-Arbeit-

ISW *institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.*

analysen. fakten. argumente.

m Kapitalismus gelten nur Werte, die auf dem Markt in Geld verwandelt werden können. Deshalb stehen die Profitinteressen über denen der vernünftigen Reproduktion von Mensch und Natur. Wir müssen unsere Lebensweise ändern, wenn wir menschlich überleben wollen.

isw-report 98 dokumentiert die Redebeiträge des 22. isw-forums "Ist Wohlstand ohne Wachstum möglich?"

Prof. Ulrich Brand (Uni Wien): Mensch und Natur verlangen die Wachstumsbremse

Franz Garnreiter (isw): Wirtschaft, die wir dringend loswerden müssen

Uwe Fritsch (BR-Vors. VW Braunschweig): Wohlstand ohne Automobilproduktion?

Sabine Leidig (MdB DIE LINKE.): Positionen und Akteure für eine sozial-ökologische Transformation

Bestellungen an: isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München
fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

alle lieferbaren Publikationen und weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite

www.isw-muenchen.de

22. isw-forum

IST WOHLSTAND OHNE WACHSTUM MÖGLICH?

Ulrich Brand
Mensch und Natur verlangen die Wachstumsbremse

Franz Garnreiter
Wirtschaft, die wir dringend loswerden müssen

Uwe Fritsch
Wohlstand ohne Automobilproduktion?

Sabine Leidig
Positionen und Akteure für eine sozial-ökologische Transformation

Schutzgebühr: 3,00 Euro

ISW **REPORT NR. 98**
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

isw-report 98
Sept. 2014 / 28 Seiten /
3,00 EUR + Versand

Beziehung. In jenen Ländern, die dem Diktat der Troika direkt oder – wie im Fall Spaniens – mittelbar unterworfen sind, werden mit der harten Hand autoritärer Repression Maßnahmen eingefordert, die individuelle Arbeitnehmerschutzrechte wie den Kündigungsschutz demontieren, aber vor allem die Verhandlungsposition der Gewerkschaften schleifen, indem kollektive Regelungen – vom Tarifvertrag bis zur betrieblichen Mitbestimmung – für nachrangig gegenüber betrieblichen Verhandlungslösungen erklärt oder faktisch direkt demontiert werden.

Der dritte Weg führt immer tiefer in das, was Wolfgang Streeck als die »Krise des demokratischen Kapitalismus« bezeichnet. Das geht über Einzelmaßnahmen weit hinaus. Die anti-demokratische, autoritäre Strategie des europäischen Fiskalregimes zielt darauf, die neoliberale Deregulierungs-, Sozialabbau- und Austeritätspolitik zu institutionalisieren und damit gleichsam auf Ewigkeit zu stellen. Dadurch sollen Wahlen ihres »demokratischen Risikopotenzials« beraubt werden. Eingezwängt in die Regeln des Fiskal- und Wettbewerbspakts ist es dann nahezu egal, ob auf der nationalen politischen Bühne konservativ, liberal oder sozialistisch gewählt wird. Die Politik hat den Regeln des institutionellen Regimes zu folgen, gleichgültig, welche Parteien die Regierung stellen.

Wer Anschauungsmaterial darüber haben will, schaue nach Griechenland. Dort wurde auf Druck der Troika im Zusammenspiel mit anderen Institutionen der EU eine Regierung gestürzt, deren »Verfehlung« es war, die eigene Bevölkerung über jene Politik abstimmen lassen zu wollen, für die sie – wie Jürgen Habermas es einmal ausgedrückt hat – mit der harten Währung ihrer sozialen Existenz bezahlen sollte. Dieser demokratiepolitische Skandal hat weder in Europa, noch in Deutschland und auch nicht bei den deutschen Gewerkschaften jene Proteste mobilisiert, die als Antwort auf den Anschlag auf die formale Demokratie zwingend erforderlich gewesen wären.

Meine These ist: Es ist nicht zuletzt die europäische Sozialdemokratie, die unter den Zwängen des autoritären Austeritätsregimes zu leiden haben wird. Konservativen und wirtschaftsliberalen Kräften mag es in die Hände spielen. Aber linke Politikkonzepte werden systematisch blockiert und diskreditiert. Und das gilt nicht nur für kapitalismuskritische Strategien mit transformatorischen Zielsetzungen. Das europäische Fiskalregime läuft jeglichen Vorstellungen sozialer Reformen, auch denen im gemäßigten sozialdemokratischen Sinne, zuwider. Da die europäische Sozialdemokratie unter einem Kapitalismus ohne Demokratie letztlich am meisten Schaden nehmen wird, könnte sich ihre Mitwirkung an diesem Regime und der Verzicht auf Widerstand gegen seine Implementierung sehr schnell als historisches Versagen und eine fatale Form der politischen Selbstentmachtung herausstellen.

Dies ist nicht leichtfertig dahergesagt. Ich weiß aus eigener Erfahrung, welch außerordentlich schwieriges Unterfangen es ist, Solidarität zwischen Konzernstandorten und Belegschaften über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg und in einer Zeit harter ökonomischer Konkurrenz herzustellen. Doch auch die deutschen Gewerkschaften müssen aufpassen, dass ihnen demnächst nicht historisches Versagen vorgeworfen wird. Wenn in den Ländern Südeuropas und andernorts die Menschen gegen die Ausplünderung ihrer Gemeinwesen aufstehen, haben sie

weit mehr an solidarischer Unterstützung aus den Kernstaaten der europäischen Union verdient, als sie bisher erfahren haben. Das ist sehr wohl als Aufforderung an uns, die Gewerkschaften in Deutschland, zu verstehen.

Gewerkschaftliche Machtressourcen

Dass offensive Gegenwehr schwerfällt, hat strukturelle Ursachen. Auch fortschrittliche WissenschaftlerInnen arbeiten wieder daran, die Ursachen zu erforschen. Ich verweise hier vor allem auf Forschungsergebnisse einer Gruppe von WissenschaftlerInnen an der Universität in Jena unter Federführung von Klaus Dörre. Demnach haben wir vier Quellen gewerkschaftlicher Macht zu unterscheiden, die Auskunft darüber geben können, wie es um die strategischen Ressourcen, um defensive Konstellationen oder offensive Handlungsmöglichkeiten bestellt ist.

Die erste Quelle ist die so genannte strukturelle Macht. Gewerkschaften sind umso stärker, je breiter sie in jenen Belegschaftsteilen verankert sind, die betriebliche Schlüsselpositionen besetzen, als Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt stark nachgefragt sind und insofern über eine gewisse Produktions- und Marktmacht verfügen. Gewerkschaften, die von diesen Beschäftigtengruppen kein interessenspolitisches Mandat haben, fehlt eine entscheidende Machtressource.

Die zweite Quelle ist Organisationsmacht. Gewerkschaften sind in dem Maße stark, wie sie Mitglieder gewinnen. Dabei handelt es sich um eine fortwährende, sich aber immer wieder verändernde Aufgabe im Prozess ökonomischen und sozialen Strukturwandels. Einer der Kernpunkte ist dabei, wie man in neuen Sektoren neu entstehende Lohnabhängigengruppen an gewerkschaftliche Kämpfe heranführt.

Drittens schöpfen Gewerkschaften Macht aus der institutionellen Verankerung von Rechten und Einflusskanälen: von Tarifverträgen über Arbeitsschutzgesetzte, Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz bis hin zu den Gremien der Sozialversicherung. Dabei handelt es sich meist um Regeln, die Mindestansprüche garantieren, die auch in Krisenphasen nicht von heute auf morgen obsolet werden. In einigen Ländern schöpften Gewerkschaften auch Organisationsmacht daraus, dass sie die Arbeitslosenversicherung verwalteten – ein Dorn im Auge neoliberaler Regierungen. In Deutschland ist institutionelle Macht mit dem Institut des Flächentarifvertrages in besonderer Weise verbunden, weshalb es eine zentrale Herausforderung ist, wenn dieses System nun gleichzeitig von nationalen Arbeitgeberverbänden und europäischem Wettbewerbsregime in die Zange genommen wird.

Die vierte Quelle kann man als kommunikative Macht bezeichnen. Da geht es um die Frage, ob Gewerkschaften in der Lage sind, in den hegemonialen Diskussionen die Positionen der abhängig Beschäftigten unterzubringen oder ob die Themen des Wirtschaftsliberalismus, der Standortkonkurrenz, der Aktien- und Finanzmärkte die beherrschenden sind.

Durchsetzungsfähige Gewerkschaftspolitik speist sich aus diesen Machtressourcen – nicht aus einer Quelle allein, son-

den durchaus den inneren Zusammenhängen folgend. Defensive und Offensive gewerkschaftlicher Politik sind kein voluntaristisches Unterfangen, sondern abhängig davon, über welche Ressourcen verfügt werden kann und welche Machtpotenziale damit in die betrieblichen und politischen Auseinandersetzungen eingebracht werden können. Wichtig: Dabei besteht die Möglichkeit der strategischen Wahl (strategic choice). Selbst unter den restriktiven Handlungsbedingungen einer tiefen ökonomischen Krise und eines autoritären Staatsumbaus, so legt es diese Theorie gewerkschaftlicher Macht nahe, können Revitalisierungsstrategien erfolgreich sein. Vorausgesetzt, die Gewerkschaften erweisen sich als strategiefähig, will sagen: sie ziehen die richtigen strategischen Schlussfolgerungen aus einer problemgerechten Analyse.

Orientierungspunkte gewerkschaftlicher Revitalisierung – sechs Thesen

In welche Richtung die notwendige Debatte gehen könnte, soll in sechs Thesen umrissen werden.

Erste These: Gewerkschaftliche Macht kann längerfristig nur auf der Basis gewerkschaftlicher Klassenpolitik auf- und ausgebaut werden. Klientelpolitik für die eine oder andere Teilgruppe führt in die Irre.

Das ist selbstredend begründungspflichtig. Ich verweise dazu auf ein Buch von Frank Deppe mit dem Titel »Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse. Überlegungen zur politischen Geschichte der Arbeiterbewegung«. Frank Deppe war einer meiner wichtigsten akademischen Lehrer und dieses Buch hat mich stark beeinflusst. Die zentrale These lautet: Der Zustand der Einheit der Klasse und der Gewerkschaftsbewegung ist eine historische Ausnahme; Normalität ist hingegen der Zustand der Spaltung.

Diese Umkehrung einer durchaus gängigen Sichtweise ist im Grunde leicht nachvollziehbar. Der permanente Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse, der fortwährende wirtschaftliche und soziale Strukturwandel mit Beschäftigtengruppen, die unter Druck stehen, und solchen, die in Wachstumssektoren expandieren, ist Kennzeichen eines Kapitalismus, der nach Marx im Unterschied zu untergegangenen Gesellschaftsformationen ein höchst lebendiger, wandlungsfähiger Organismus ist. Das heißt: Die soziale und politische Einheit abhängig Beschäftigter ist keine Gratisbeigabe des Kapitalismus, sondern muss durch gewerkschaftliches und politisches Handeln erst hergestellt werden. Politisches Klassenhandeln ist Resultat politischer Erfahrungen, Debatten und Kämpfe. Klassenhandeln zu organisieren bedeutet, von der spezifischen Situation der jeweiligen Beschäftigtengruppe auszugehen, ohne sie alleine zur Leitlinie der Politik zu erheben.

Das gilt auch für Stammebelegschaften in den noch relativ prosperierenden Bereichen der deutschen Exportindustrie. Gewerkschaftliche Verankerung in diesen Bereichen ist unverzichtbar. Die IG Metall gewinnt ihre Kraft nicht zuletzt aus der Organisierung der Beschäftigten in den Unternehmen der Automobil- und Elektroindustrie, des Maschinenbaus und traditi-

onell immer auch noch der Stahlindustrie. In diesen Branchen und Betrieben wurzelt unsere gewerkschaftliche Macht, und es ist immer wieder ein großartiges Gefühl zu erleben, wie eine hoch organisierte Belegschaft sich in Bewegung setzt, um ihre berechtigten Interessen zur Geltung zu bringen.

Doch wenn der Interessenvertretungsanspruch hierauf beschränkt bliebe, weder hochqualifizierte Beschäftigtengruppen noch prekäre Belegschaftsteile erfasst, sind nicht nur aufgrund des Strukturwandels die Tage der Organisationsmacht gezählt, auch solidarische Klassenpolitik ist nicht möglich. Gleiches gilt für die Versuchung, alle Kraft und Aufmerksamkeit auf die Bereiche prekärer, besonders schutzbedürftiger Arbeit zu konzentrieren. Auch das liefe auf eine vielleicht sympathische, aber letztlich doch perspektivlose Klientelpolitik hinaus, die die Durchsetzungsmacht gut organisierter Betriebe und Branchen verspielen würde.

Die Perspektive liegt darin, die verschiedenen professionellen, sozialen und politischen Fraktionen zusammenzuführen. Meine Erfahrung ist, dass hier in den deutschen Gewerkschaften, allen voran in der IG Metall, Organisationslernen stattfindet. Ich halte das für einen entscheidenden Punkt: Gewerkschaften können aus jenen Bereichen lernen, in denen sie Organisationsmacht erst noch aufbauen müssen. Manchmal ist die Phantasie der KollegInnen, die nicht getreu der Regeln einer Tarifrunde ihre Interessen vertreten, eine sehr produktive Inspirationsquelle. Und manchmal werden in Kämpfen jenseits der vorhandenen Rechtsregeln Erfahrungen gemacht und Strategien entwickelt, die innovativ in das Repertoire traditioneller Interessenpolitik hineinwirken und dieses erweitert. Ein Beispiel dafür ist die Innovation des Sozialtarifvertrages. KollegInnen, die sich gegen Verlagerungen und Betriebsstilllegungen zur Wehr setzten, haben mitunter jenseits der Erlaubnis von Betriebsverfassung und Schlichtungsordnungen agiert und die tariflichen Handlungsmöglichkeiten und -instrumente erweitert – Impulse also, die aus einer Vielzahl von Betriebskämpfen kamen und produktiv in das Tarifsystem hineingewirkt haben. So stell ich mir das vor, wenn ich von solidarischem Klassenhandeln rede.

Zweite These: Politische Durchsetzungsmacht kommt aus den Betrieben; ohne strukturelle und Organisationsmacht keine gesellschaftliche Durchsetzungskraft.

Die Macht der Gewerkschaften kommt aus den Betrieben. Das klingt banal, ist es aber nicht. Nicht ohne Faszination schauen auch deutsche GewerkschafterInnen nach Italien oder Frankreich, wo ihre KollegInnen mit Demonstrationen und politischen Streiks gegen das nationale und europäische Austeritätsregime, gegen Arbeitsplatzabbau und die Demontage sozialer Rechte angehen. Das ist beeindruckend und nicht selten beneiden wir die KollegInnen für ihren Mut.

Doch manchmal sorgt der zweite Blick für Ernüchterung. Wenn wir uns nicht wenige dieser Kämpfe näher anschauen, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass sie häufig nicht Ausdruck einer gesellschaftlichen und politischen Offensivbewegung sind, sondern aus einer Position der Defensive stattfinden; und dass sie mitunter auf der Straße geführt werden, weil die Gewerkschaften in der Mehrzahl der Betriebe gar nicht oder nur sehr schwach vertreten sind. In den FIAT-Werken in Turin,



Karikatur: Economist

Formel gebracht: Die deutschen Gewerkschaften mit ihrer Orientierung auf Organisationsmacht könnten einen guten Schluck aus der Politisierungspulle vertragen und die KollegInnen in Südeuropa wären gut beraten, ihre Verankerung in den Betrieben auszubauen. Auch das könnte solidarisches Gewerkschaftslernen in Europa bedeuten.

Dritte These: Gewerkschaftliche Macht wurzelt in den Betrieben, darf dort aber nicht verharren. Das politische Mandat der Gewerkschaften steht auf dem Prüfstand.

Gewerkschaftsmacht entsteht in den Betrieben, aber sie springt zu kurz, wenn sie dort verbleibt. Wenn Gewerkschaftsarbeit politisch sein will, braucht sie ein anspruchsvolles, offensives politisches Mandat. Wachsende Bereiche der Interessenvertretung sind allein über die Betriebs- und Tarifpolitik nicht zu bearbeiten. Eine Nagelprobe für die Aktualisierung des politischen Mandats der Gewerkschaften hierzulande wird die Auseinandersetzung um TTIP, CETA und TISA sein. Es geht um eine gesellschaftspolitische Mobilisierung, an denen sich die Gewerkschaften ohne Wenn und Aber beteiligen müssen; es geht um Gegenwehr gegenüber dem Versuch einer weiteren neoliberalen Formierung der USA und des europäischen Wirtschaftsraumes mit einer Kaltschnäuzigkeit, die kaum noch zu überbieten ist. Nicht nur wegen des Dumpingdrucks auf soziale Errungenschaften, die Gewerkschaften in langen und harten Kämpfen durchsetzen und nun verteidigen müssen. Auch nicht nur wegen des Drucks auf ökologische Standards, die ausgebaut und nicht demontiert gehören.

Es geht schließlich auch um die Mobilisierung gegen eine Verhöhnung parlamentarisch-demokratischer Standards durch so genannte »Investitions-Schutz-Abkommen« im Rahmen von Regeln zur »Investor-Staat-Streitbeilegung« in Geheimverhandlungen vor ad hoc einberufenen Schiedsgerichten, in denen sich vor allem amerikanische Wirtschaftsprüfer und -anwälte breit machen.

Ich frage: Was um Himmels willen sollte Gewerkschaften dazu bringen, einer Regelung zuzustimmen, die unter dem scheinbar so harmlosen Namen eines Investitionsschutzabkommens die transnationalen Konzerne in die Lage versetzen soll, demokratische Staaten zu verklagen, wenn diese sinnvolle Gesetze erlassen, die zu Lasten der erwarteten oder gewünschten Profite der Konzerne gehen. Die Rede ist von Umweltstandards, Mindestlöhnen, öffentlicher Daseinsvorsorge, vorausschauender Strukturpolitik oder einer Steuergesetzgebung, die nicht nur beständig nach Oben hin verteilt, sondern endlich einmal im Sinne gesellschaftlichen Fortschritts vorankommt, dabei jedoch möglicherweise die Profite von Konzernen und die Reichtümer der vermögenden Klassen schmälert? Selbst ein nicht vollkommen verbohrt Liberaler, der seine sieben Sinnen beisammen hat, sollte verstehen, dass dies aus demokratiepolitischen Gründen gänzlich inakzeptabel ist. Die Logik dieser Art von Investitionsschutz stärkt die ohnehin gegebene Dominanz der kapitalistischen Ökonomie über die politische Demokratie, nimmt demokratische Staaten so lange in den Würgegriff, bis sie kollabieren.

einst Speerspitze der italienischen Arbeiterbewegung und legendärer Ort der Auseinandersetzung um Fabrikräte in den 1920er wie in den späten 1960er Jahren, musste die progressive Metallarbeitergewerkschaft Fiom zuletzt herbe Niederlagen gegen die Erpressungspolitik des Managements einstecken, konnte den Tarifvertrag nicht halten und erhielt zusammen mit Basisgewerkschaften bei den Wahlen zur betrieblichen Gewerkschaftsvertretung weniger als ein Drittel der Stimmen. In Frankreich ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad auf 8% abgesackt und sind Gewerkschaften aus weiten Bereichen der privaten Industrie fast völlig verschwunden.

So könnte man in Europa – sehr grob sortiert – zwei Antworten auf die Krise unterscheiden. In Deutschland haben sich die Gewerkschaften vor allem darauf konzentriert, Beschäftigungsabbau in den Betrieben möglichst zu verhindern und durch die Gewinnung neuer Mitglieder ihre Organisationsmacht zu stärken, während Gewerkschaften in südeuropäischen Ländern sehr viel stärker auf Mobilisierung und politische Aufklärung via öffentliche Manifestationen setzen. Beide Strategien haben ihre Vorteile und sollten voneinander lernen. Eine Strategie, die allein auf die Optimierung von Organisationsmacht setzt und nicht versteht, dass Mitgliederstärke und Finanzkraft nicht Selbstzweck, sondern Mittel einer progressiven Gewerkschaftspolitik sind, steckt ebenso in der strategischen Sackgasse wie eine Gewerkschaftsbewegung, die nicht begreift, dass politische Demonstrationen auf der Straße wichtig und sinnvoll sind, dass ihre Kraft aber erodieren muss, wenn sie nicht mehr dort präsent ist, wo der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit entsteht und ausgetragen werden muss: in den Betrieben. Auf eine kurze

Dabei wäre das gerade Gegenteil notwendiger denn je: Nicht der Kapitalismus muss an Macht gegenüber der Demokratie gewinnen, sondern die Macht demokratischer Politik über kapitalistische Konzerne muss gestärkt werden, und zwar umgehend und umfassend. Kurzum: TTIP und vergleichbare Abkommen sind Prüfsteine für die Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit des politischen Mandats, nicht nur, aber auch der Gewerkschaften. Wenn wir hier nicht klare Positionen beziehen, brauchen wir über politische Verantwortung und Interessenvertretung nicht weiter reden. Dann haben wir eine historische Situation nicht gemeistert.

Vierte These: Im transnationalen Kapitalismus muss auch das politische Mandat der Gewerkschaften ein transnationales sein.

Das politische Mandat der Gewerkschaften muss ein transnationales sein. Das ist alles andere als selbstverständlich. Auch Gewerkschaften denken an europäische Solidarität vor allem dann, wenn sie in der Bredouille stecken. Ich habe mit Kollegen der IG BAU gesprochen zu der Zeit, als in Spanien der große Bauboom herrschte, die dortigen Bauunternehmen enorm expandierten – auch mit Dumpingangeboten in Deutschland; das hat auf dem hiesigen Bauplatz viele Probleme geschaffen, und die deutschen Bauarbeiter hatten gehofft, dass ihre spanischen Kollegen sie im Kampf gegen Arbeitsplatzabbau und Lohndumping unterstützen würden – das war leider nicht der Fall. Ich habe Gespräche mit KollegInnen in der Automobilindustrie geführt, die den Standortwettbewerb im eigenen Konzern erlebten und gehofft hatten, dass britische KollegInnen, die den Zuschlag für eine Ausschreibung erhielten, sie im Kampf gegen die Schließung ihres Standorts in Ostdeutschland unterstützen würden – das hat nicht stattgefunden. Und ebenso spreche ich mit KollegInnen aus Portugal, Spanien, Italien und Griechenland, die sich erhoffen, dass die deutschen KollegInnen ihnen die Solidarität erweisen, die so notwendig ist, um nicht zum Spielball transnationaler Unternehmensstrategien zu werden. Die Enttäuschungen, die es auf allen Seiten gab und gibt, mögen mitunter auch auf ein Versagen von Funktionären verweisen, doch die entscheidenden Probleme sind struktureller Art. Wie diese überwunden werden könnten, wäre mehr als ein Referat für sich. Vor allem können die Probleme der kapitalistischen Standortkonkurrenz nur gemeinsam, in kollektiven Lernprozessen angegangen werden.

Ich möchte hier auf ein anderes, ein positives Beispiel internationaler Solidarität zu sprechen kommen: auf eine Initiative des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann, des IG Metall-Vorsitzenden Detlef Wetzels und des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske. Es handelt sich um einen Spendenaufruf zur Unterstützung der TextilarbeiterInnen in Karatschi, deren Fabrik vor zwei Jahren in einem Großbrand zerstört wurde, bei dem mehrere hundert Menschen auch deshalb qualvoll ums Leben kamen, weil Notausgänge und Fenster vergittert waren. Diese KollegInnen haben unter extrem menschenunwürdigen Bedingungen für Kik und andere Handelskonzerne gefertigt.

Der Hoffnungsschimmer: Es gibt in der Region nun verstärkt Versuche, eine gewerkschaftliche Organisation neu aufzubauen.

Der Aufruf der Vorsitzenden von DGB, IG Metall und ver.di ist in enger Zusammenarbeit mit medico international zustande gekommen und will Spenden sammeln für drei Ziele: erstens um den Fonds zur gesundheitlichen Versorgung für die KollegInnen, die immer noch unter den katastrophalen Folgen des Brandes leiden, aufzustocken; zweitens um die rechtliche und politische Auseinandersetzung gegen Kik und andere zu unterstützen, die verklagt werden aufgrund ihrer Machenschaften und ihrer Profite, die sie aus menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen ziehen; und drittens um für Spenden zu werben, die dazu genutzt werden sollen, die Gewerkschaft vor Ort aufzubauen, weil nur eine starke gewerkschaftliche Struktur auf Dauer eine Perspektive ist, die Verhältnisse positiv zu verändern. Ein, wie ich finde, gelungenes Beispiel internationaler Solidarität, das der Unterstützung wert ist!

Fünfte These: Gewerkschaften sollten sich als Kooperationspartner einer Mosaik-Linken verstehen

Im Kapitalismus sind Gewerkschaften als Interessenorganisation im Konfliktfeld von Kapital und Arbeit entscheidende, gänzlich unverzichtbare Widerstandsbastionen mit politischem Mandat für eine progressive Gesellschaftsgestaltung. Wenn es die nicht gibt, ist autoritärer, restaurativer Politik Tür und Tor geöffnet. Aber: Gewerkschaftsarbeit allein reicht nicht. Die Perspektive sehe ich in dem, was ich die Mosaik-Linke genannt habe.

In viele Handlungsfelder reicht der gewerkschaftliche Arm nicht hinein; es bedarf der Kooperationen mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen und Institutionen. Grundsatz dieser Kooperation muss sein, dass keine/r der Akteure genötigt werden darf, seine spezifische Identität aufzugeben. Kooperation kann nur gründen auf der Toleranz unterschiedlicher, teilweise als befremdlich erfahrener Organisationskulturen, Kommunikationsgewohnheiten usw. Wenn wir miteinander progressive Politik voranbringen wollen, geht dies nur im Rahmen wechselseitiger Anerkennung und nicht hierarchischer Lernprozesse.

Meine Überzeugung ist: Die Gewerkschaftsbewegung wäre ohne die Impulse von außen, aus fortschrittlichen gesellschaftlichen Bewegungen und Initiativen, nicht die, die sie heute ist. Sie hat vieles erst durch andere gelernt. Die Gewerkschaften hätten aus sich heraus das Thema der Geschlechtergerechtigkeit nicht in dem notwendigen Maße aufgenommen, wenn es nicht eine offensive, selbstbewusste Frauenbewegung gegeben hätte. Sie hätten es nicht geschafft, die Herausforderungen der Umweltunverträglichkeit unserer Art, zu produzieren und zu konsumieren, stärker zu verstehen als früher, wenn es nicht eine offensive Umweltbewegung gegeben hätte.

Und wir haben als GewerkschafterInnen viel über die Deformationen und katastrophalen Folgen der kapitalistischen Globalisierung durch die globalisierungskritische Bewegung gelernt, Folgen, die auch Veränderungen in unseren Politikstrategien erfordern.

Kurzum, Gewerkschaften sind klug beraten, wenn sie Organisationslernen in ihren eigenen Reihen optimieren und wenn sie auch kritische Impulse von außen als Lernimpulse begreifen, um den oftmals verengten gewerkschaftlichen Blick auf die Welt zu erweitern. Dazu braucht es nicht nur Organisationsintellektu-

elle, die kritische Diskurse aufgreifen und in die Gewerkschaften hineinbringen. Es braucht ein politisches Selbst- und Rollenverständnis, das Gewerkschaften als starker, innovativer und verlässlicher Teil einer Mosaik-Linken definiert. Und das sich durch eine gute eigene Praxis die Berechtigung erwirbt, gleiches von den Bündnispartnern einfordern zu können.

Sechste These: Der Kapitalismus ist die Realität, aber nicht die Perspektive

Es ist manchmal schwer zu verstehen, warum man in den Alltagskämpfen, im täglichen »Kleinkrieg gegen die nie endenden Gewalttaten des Kapitals«, wie das eine kluge Mann (namens Karl Marx) einmal formulierte, so etwas wie Gesellschaftskritik, ja Kapitalismuskritik braucht. Reicht es nicht aus, ein guter Mensch mit humanistischer Tradition zu sein? Viele Menschen handeln aus religiösen, ethischen, humanistischen Gründen und setzen sich mutig zur Wehr. Auch in den Gewerkschaften.

Dennoch: Ich befürchte, dass die immer wieder auftretenden Frustrationen des täglichen Interessenkampfes umso entmutigender wirken, je weniger man/frau versteht, wo die Ursachen liegen, warum man im Kapitalismus unserer Tage immer wieder an Grenzen humaner Gesellschaftsgestaltung stößt und warum historisch errungene Besitzstände nie gesichert sind, sondern immer wieder neu erkämpft werden müssen. Um daran nicht zu verzweifeln, sollte man mehr davon wissen, wie Kapitalismus funktioniert. Für diejenigen, die aus der »Teufelsmühle des kapitalistischen Marktes« (Karl Polanyi) ausbrechen wollen, gilt dies allzumal. Daraus leitet sich dann früher oder später die Frage ab, was ökonomische und soziale Alternativen eines humanen und demokratisch-solidarischen Zusammenlebens wären.

Doch diese Debatte wird – leider – kaum noch geführt. Nicht zuletzt, weil bisherige Versuche, Gesellschaften jenseits des Kapitalismus aufzubauen, gescheitert sind, ja sich mitunter auf ka-

tastrophalen Irrwegen verlaufen haben. Deswegen sind Realismus und historisches Bewusstsein mehr als angebracht. Aber es hieße, das Kind mit dem Bade auszuschütten, wenn man aufgrund gescheiterter historischer Versuche nicht bereit wäre, neu zu lernen.

Es gibt Ansätze, auf der Basis der historischen Erfahrungen neu über gesellschaftliche Verhältnisse jenseits von Kapitalmacht und Profitdominanz nachzudenken: Die einen nennen das die Gesellschaft der realisierten konkreten Utopie, andere sprechen von solidarischer Ökonomie, und in Lateinamerika diskutiert man über einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Auch hierzulande gibt es kluge Überlegungen, an wirtschafts-demokratische Konzeptionen anzuknüpfen und sie auf die Höhe der Zeit zu bringen – ein programmatisches Panoptikum für konstruktive Debatten einer Mosaik-Linken. Doch sehr weit sind wir dabei bisher nicht gekommen. Noch fehlen uns vielfach die Kategorien und Begriffe, um das Andere genauer beschreiben und fassen zu können.

In diesem Kontext drängt sich mir ein Zitat von Volker Braun aus seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des Georg-Büchner-Preises auf. Dort sagte er mit Blick auf die gescheiterten Ausbruchversuche aus dem Gefängnis der kapitalistischen Verhältnisse und die immer wieder obsiegende kapitalistische Restauration – nicht zuletzt in Zuge der deutschen Wiedervereinigung:

»Es wurde ein Fehler gemacht, wie die Gesellschaft geschaffen worden, und wir machen ihn, indem wir uns in dem Zustand erhalten, es fehlt uns was, das keinen Namen mehr hat, wir werden es nicht aus den Strukturen herauswählen, wir werden drum die Verhältnisse nicht zerbrechen.«

Ja, es fehlt uns was, wofür wir gegenwärtig keinen Namen haben und was wir in seiner Substanz nicht exakt benennen können. Auch ich kann nicht sagen, was es ist. Ich weiß nur, der Kapitalismus ist es nicht.

LUXEMBURG 2
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2014

OH GOTT! Wiederkehr des Verdrängten | Jenseits der Religionskritik | Paulus und die Linke | Störfaktor der Ohnmacht | Krisenproteste und linke Erlösungsphantasien | Islamische Renaissance und arabische Linke | Tea Party, Evangelikale und rechtes Mosaik | Hindunationalismus in Indien | Von der Allianz zwischen Thron und Altar zu neuen Bündnissen

AUSSERDEM Vertiefte Brüche in der EU | LINKE Debatte: Verankern, verbreitern, verbinden – aber wie? | Piketty: Neues vom Kapital | Sex als Arbeit

MIT BEITRÄGEN VON Stuart Hall | Dick Boer | Bodo Ramelow | Joanna Garcia | Franz Segbers | Brigitte Kahl | Jan Rehmann | Michael Ramminger | Klaus Lederer | Stefanie Klee u.a.

Hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
September 2014, 136 Seiten

JETZT KOSTENFREI ABONNIEREN:
WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE

Foto: BMEIA